

Bezugspreise:
Die Halle monat. bei zweimal. Zu-
hellung 7.— 11.—, vierteljährl. 21.—
— Mr. u. Zustellungsgebühr, i. d. Aus-
gabestellen abgeholt Mr. 7.— mo-
natl., durch um. auswend. Zwi-
schens bei d. d. g. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1.
1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1.
1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Funfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 Spalten 34 mm breite Milli-
meterweite über deren Raum 70 Pf.
Samen u. Feine Anzeigenpreise
Lagegebühren 40 Pf.
Reklamen die 92 mm breite Milli-
meterweite 5.— Mark. Bei Wieder-
holung Ermäßigung lt. bei. An-
zeigenbedingungen. Anzeigen neh-
men an unsere Geschäftsstellen u.
sämtliche Anzeigenausgaben.
Einführungspreise: Halle, Erdbeim täg-
lich 2 mal, Sonnabend u. Mont-
tag 1 mal. Schaftungen und
Geschäftsstelle: Halle, Neue Drome-
nade 1a, Gr. Brauhauser 17.
Leben-Geschäftsstelle: Markt 24.
Dollschied-Romio Leipzig Nr. 228 15.

Nr. 507.

Halle, Sonnabend, den 29. Oktober 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

Ministerpräsident Stegerwald zur politischen Lage.

Berlin, 28. Oktober.

Der Chefredakteur des „Deutschen“ hatte heute mit dem Ministerpräsidenten St. Stegerwald eine Unterredung, in deren Verlauf der Ministerpräsident drei Fragen folgendermaßen beantwortete:

1. Wie beurteilen Sie die außenpolitische Lage mit Bezug auf Oberschlesien?
„Der obersteinstatische Gewaltpruch ist ein fürchterliches Unglück für das deutsche Volk und ein kaum minder großes für Europa. Deutschland wird die Brutalzerreiherung altdenklichen Gottes und die Fremdherrschaft abernach hunderttausender Poltsogenen nie verzeihen. Mit ihm aber fern Europa eine deutsche Wirtschaft in Oberschlesien nicht endern. Nicht leicht ebenso wie das deutsche Interesse die Wiederhergung Europas, wenn ich mit allem Nachdruck betone, mit dem Genfer Dekret kann kein Dauerfrieden geschaffen sein. Europa wird das in sich nicht, es ist denn es zunächst über die Wiederhergung der Rechtsregierung zur Zustandigung übergehen sollte.“

2. Wie sehen Sie die innerpolitische Lage und jene in Preußen?
„Dem vorgelagerten Streit im Reichstage wese ich trotz aller vollen Begleiterscheinungen eine dauernde und entscheidende Bedeutung nicht bei. Es gegen den Genfer Spruch durch die Rechtsregierung eine Rechtsverwaltung eingeleitet wird, aber aber ob, wie die Rechtsparteien es wollten, die Entscheidung eines Delegierten verweigert worden wäre, ist nationalpolitisch von größerem, weltwichtig nicht von erheblichem Belang. Viel mehr ist für die Gesamtlage wesentlich, daß auf dem Boden des Versailler Vertrags die Vollberücksichtigung Europas überhaupt nicht möglich ist. Der parteipolitische Streit über den Beschluß des Reichstages wird sich darum in absehbarer Zeit wieder legen. In Preußen ist durch die Vorgänge im Reich die bisherige politische Regierungsbasis erschüttert. Die Einberufung der Sozialdemokratie in die preussische Regierung ist jetzt sowohl ein Gebot politischen Anstandes als auch der Staatsnotwendigkeiten. Der Sozialdemokratie kann nicht zugemutet werden, im Reich in allen entscheidenden Stunden in die Breche zu springen, in dem größten Bundesstaat dagegen von der unmittelbaren Mitwirkung an den Staatsgeschäften ausgeschlossen zu werden. Wir haben zudem vor einem sehr schlimmen Winter und vielleicht vor einem noch schlimmeren Frühommer. Unter diesen Umständen wird die Einberufung der Sozialdemokratie in die preussische Regierung bald erfolgen müssen.“

3. Ist nicht jetzt der Gebante der großen Koalition zerfallen?
„Dafür habe ich nur ein entschiedenes Nein! Die große Koalition kommt, weil sie kommen muß. Die Frage ist nur, ob dies sofort oder in langer Zeit erreichbar ist. Der Reichstag steht in den nächsten Monaten vor Aufgaben von solcher Schwere und Tragweite, wie sie wohl noch keinem Parlament der Welt gestellt gewesen sind. Er muß den Souveränität des Reiches in Ordnung bringen, an die Lösung des Reparationsprogramms herantreten, sich ernsthaft mit der Stabilisierung der Mark beschäftigen, und so vor Arbeit der Notwendigkeit Einheit tun. Der Reichstag muß mindestens 50 bis 60 Milliarden Papiermark an Steuern beschließen. Deutschland muß alle überhaupt nur möglichen Steuerquellen bis zur Leere ausschöpfen. Somit ist keine Verminderung der Inflation, keine Besserung des Marktturnes und keine Rektion der Reparationsleistungen erreichbar. Steuern, die sowohl Weisheit wie Verbrauch an das allerstärkste belasten, sind aber nur mit starken Maßnahmen werden wir gelinglich der Steuerherabsetzung unter den Parteien wieder dieselbe Tragweite sehen, wie wir sie in den letzten Tagen in der obersteinstatischen Frage durchlebt haben. Die Parteien scheuen sich meist vor unbedeutsamer politischer Verantwortung. Mit gegenseitiger vorteilhafter Sozialparteilichkeit behält man sich an den staatlichen Lebensnotwendigkeiten vorbei und dadurch kommt das deutsche Volk immer tiefer in den Sumpf. Weder sehen die breiten Schichten heute noch nicht, noch welchen Stand wir sehen. Die einzelnen Parteien in den Reichstagen Deutschlands an die Entente sind ausschließlich aus der Sucht nach dem deutschen Volkswohlens gemessen werden: Hand löffeln, deutsche Auslandsgüter, Reichs- und Staatsdemagnen in den abgetretenen Gebieten und viele andere Werte. Jetzt haben die laufenden Reparationsleistungen begonnen. Sie können im wesentlichen nur durch Denen und Arbeit, wenigstens für die nächste Zeit vollbracht werden. In den letzten Jahren haben wir aber mit den wirtschaftlichen Depression die ausländischen Lebensmittel bezahlt. Wo mit will Deutschland heute sie bezahlen? Unsere eigene Erzeugung reicht nach allen bisherigen Erfahrungen höchstens bis zum Mai, nicht bis zur neuen Ernte. Wo soll das deutsche Volk in der Zwischenzeit leben? Wenn man zu wählen hat zwischen einer Koalitionserweiterung um zwei Parteien, die einander wenig freundlich sind, und der Vereindung eines großen Teils des deutschen Volkes, dann kann keinem wahren Vaterlands- und Volkstreu die Wahl schwer fallen. So sieht es aber um das deutsche Volk. Diese harten Tatsachen zwingen den Reichstag zu einer festen Steuerabgeltungsgemeinschaft. Keine Partei geht über in der Steuerabgeltung auf allen Gebieten bis zur allerniedrigsten Grenze, wenn sich nicht ein entscheidender Einfluß auf die Führung der Reichspolitik eingeräumt wird. Auch in Preußen ist die Staatsverwaltung der großen Verwaltungsreform so lange unmöglich,

als nicht die große Koalition besteht. Darum muß die große Koalition kommen, trotz der jammervollen Zerissenheit der letzten Tage. Die große Koalition ist eine deutsche Lebensfrage.“

Militärregierung in polnisch-Oberschlesien?

Das Warschauer Blatt „Gazeta Poranna“ bringt unter der Überschrift „Ein neues Militärregiment“ folgende Mitteilung: „Vor einigen Tagen vernahm wir das Gerücht, daß man in gewissen Kreisen mit der Absicht umgeht, in Oberschlesien nach seiner Übernahme durch die polnischen Behörden „für den Anfang“ eine Militärregierung einzusetzen und den General Sceptyński zum Militärgouverneur zu ernennen. Es sollen auch militärische Kreise für ihn eingeschlagen werden.“ Bericht schreibt der „Kurjer Polski“: „Dem Vernahmen nach ist nach der Übernahme des uns ausgeprochen Gebietes der Generalinspektor Sceptyński zum Generalgouverneur auszuweisen.“

Zu diesen Warschauer Meldungen bemerkt die „Oberschlesische Volksstimme“, das Organ der katholischen Volkspartei Oberschlesiens: „Da nun, soweit uns bekannt, das durch den polnischen Landtag beschlossene Autonomie-Statut für die Wojewodschaft Oberschlesien nicht die Würde eines Gouverneurs vorzieht, kann aus der Information der polnischen Zeitungen nur geschlossen werden, daß tatsächlich die Absicht besteht, für eine nicht näher angegebene Zeit das Autonomie-Statut der Wojewodschaft Oberschlesien aufzuschieben und deshalb die Militärregierung einzuführen.“ Die „Oberschlesische Volksstimme“ wendet sich dann scharf gegen die Einführung eines solchen Militärregimes.

Die Rückführung der obereschlesischen Flüchtlinge.

In Ratibor fand unter Vorhitz des englischen Obersten Williams eine Besprechung über die Rückführung der obereschlesischen Flüchtlinge statt, die Oberst Williams noch vor Eintritt des Winters durchzuführen zu sehen wünscht. Von deutscher Seite wurde auf die Unmöglichkeit im Grubengebiet des Kreises Rabbin hingewiesen, die es unmöglich mache, die vertriebenen Arbeiter an ihre Arbeitsstätte zurückkehren zu lassen. Williams stellte auch seinerseits die Verhinderung deutlicher Personen ab und forderte die polnischen Vertreter auf, für deren Freilassung unersetzliche Sorge zu tragen. Dabei wurde namentlich auf die deutschsprachige Bevölkerung des Kreises Rabbin hingewiesen, die durch die Polen von ihrer Pfarre verjagt worden sind. Oberst Williams rügte in dieser Besprechung auch das Plagen auf deutscher Seite, das er als eine Torheit bezeichnete. Im übrigen wurde deutschseits die Interessiertheit der französischen Mitglieder der V. A. R. in der Rückführungsfrage sprechend geteilt.

Der Genfer Entschid — „ein trauriges Machwerk“.

London, 28. Okt. Zu der vom Völkerverbund getroffenen Entscheidung schreibt „The Worker“ neuerlich: Das Vorgehen, es handle sich um ein Weisheitswerk der Welt, könne niemanden über die Schwerkheit der Fragen hinwegtäuschen. Die Zeitung die Schwerkheit der Welt keinen Triumph, sondern eine Unmöglichkeit dar. Zwischen dem französischen und englischen Standpunkt habe sich ein Ausgleich nicht finden lassen; der vom Völkerverbund gefundene sei ein trauriges Machwerk, durch das vergeblich versucht werde, die französischen Forderungen mit den wirtschaftlichen in Übereinstimmung zu bringen. Der Entschid des Völkerverbunds beweise, daß das Problem als Teilproblem nicht zu lösen sei. Selbst nur einen mäßigen Erfolg vor den wirtschaftlichen Garantien erwarteten, hieße Erzeugen-Eigenschaften bei Polen und Deutschen voraussetzen. Auf die industrielle Entwicklung werde die Entscheidung lähmend wirken, sie bewirde den völligen Beschlag der Verbandsmächte, ihre eigenen Differenzen zu ordnen und zu gemeinsamen Entschlüssen über die Zukunft Deutschlands und Europas zu gelangen. Deutschland könne demgegenüber nichts anderes tun, als weiter seinen guten Willen beweisen, den Versailler Vertrag zu erfüllen, und in dieser Richtung scheine sich ja auch, wie das Weltkriegsbedenken beweise, seine Politik zu bewegen.

Die Haltung Jugoslawiens.

Die halbamtliche Agentur Adala veröffentlicht ein Komunique, durch welches die Tatsache des zwischen den Kabinetten von Belgrad, Prag und Bukarest bestehenden Intimmans an Ungarn bestätigt wird. Falls Ungarn die Forderungen der kleinen Entente nicht erfüllt, würden zunächst jugoslawische und tschechische Truppen in Ungarn einmarschieren. Das Komunique erklärt weiter, die Belgrader Entscheidung streifte die Lebstätigkeit Bauern darüber aus, daß sich die Erklärung des Pariser Hofstadterrates nur auf die Abiegung Karls, nicht aber auf die Abiegung der ganzen Habsburger Dynastie beziehe. Die offizielle „Politika“ betont, trotz Protestes der Besatzmäße müsse die kleine Entente die Durchführung von Sanktionen gegen Ungarn verlangen. Selbstamtlich wird hierzu noch bemerkt, daß die Geländen der großen Entente bei der Belgrader Regierung einen Schritt unternommen hätten, der die Durchführung der militärischen Aktion gegen Ungarn als überfällig bezeichnete. Die Belgrader Regierung lehnt es ab, dieser Demarche Folge zu leisten.

jugoslawische und tschechische Truppen in Ungarn einmarschieren. Das Komunique erklärt weiter, die Belgrader Entscheidung streifte die Lebstätigkeit Bauern darüber aus, daß sich die Erklärung des Pariser Hofstadterrates nur auf die Abiegung Karls, nicht aber auf die Abiegung der ganzen Habsburger Dynastie beziehe. Die offizielle „Politika“ betont, trotz Protestes der Besatzmäße müsse die kleine Entente die Durchführung von Sanktionen gegen Ungarn verlangen. Selbstamtlich wird hierzu noch bemerkt, daß die Geländen der großen Entente bei der Belgrader Regierung einen Schritt unternommen hätten, der die Durchführung der militärischen Aktion gegen Ungarn als überfällig bezeichnete. Die Belgrader Regierung lehnt es ab, dieser Demarche Folge zu leisten.

Karl verweigert die Unterzeichnung der Abankungsurkunde.

Der Gebante von K a n a, den die Regierung nach Tihany schickte, um Karl zur Abankung zu veranlassen, hat bis geltend nichts erreicht. Karl lehnte die Unterzeichnung der Abankungsurkunde ab, die von herozeröngarischen ungarischen Juristen verfaßt und ihm vorgelegt wurde. Inzwischen hat die Lage durch die Haltung der kleinen Entente eine Veränderung erfahren. Wie aus bester Quelle verlautet, haben die Mächte der kleinen Entente im Zusammenhang mit dem karlischen Besuch Forderungen erhoben, die die ungarische Regierung unmöglich annehmen kann, weil sie ihrer Auffassung nach eine direkte Einmischung in innerungarische Angelegenheiten bedeuten. Der englische Gesandte in Budapest Beaumont-Höher hält dann auch die Lage für sehr bedrohlich und in maßgebenden politischen Kreisen Budapests macht man keinen Hehl daraus, daß die Kriegsabgaben der kleinen Entente die schwerwiegendsten Folgen haben könnten. Die tschechischen Vorbereitungen werden unter diesen Umständen mit verstärkter Eile bearbeitet. Nach den hier vorliegenden Nachrichten sind die Tschechen dabei, den der Donaulinie mehrere Truppenteile zusammenzuführen. Es heißt auch, daß große Militärtransporte unterwegs seien. Nach dieser noch nicht bestätigten Meldung sollen gegen heute die Gab an der ungarisch-tschechischen Grenze, nicht allzuweit von Budapest entfernt, Zusammenstöße zwischen tschechischen und ungarischen Truppen sich ereignen haben, wobei die ersteren zuvorgezogen sein sollen.

Lord George teilte im Unterhause mit, daß die Verbündeten sich über das Schicksal des Königs Karl beraten hätten.

Päpstlicher Protest?

Wie die kirchlich-sozialen „Rechtspost“ aus römischer Quelle erfährt, beschätzte der Vatikan einen Protest für den Fall, daß über König Karl allzu harte Verbote an ungarische Truppen getroffen würden. Der Papst sehe sich zu diesem Schritt durch den Umstand veranlaßt, daß Karl ein katholischer Monarch wäre und bei seiner feierlichen Krönung zum König von Ungarn durch den Kardinalprimas von Ungarn namens des Papstes gelobt worden sei.

Ein idyllischer Aufenthalt.

Nach dem „Journal“ schlägt England vor, dem Erzönig Karl Aufenthalt auf der Insel Madeira anzubieten.

Blutige Mobilmachung in Tschchien.

Am Donnerstag, dem ersten Mobilmachungstag in der Tschchoslowakei, ist es in Grastich zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Die deutschen Militärpflichtigen weiterten sich, dem Einberufungsbefehl Folge zu leisten, und es war von deutscher Seite auf den Generalstabschef als Protest gegen die Einberufung proklamiert worden. Sämtliche Betriebe, auch die Lebew, waren geschlossen. Gegen 5 Uhr nachmittags kamen aus Eger etwa 40 tschechische Legionäre mit einigen Offizieren zur Verstärkung der schwachen tschechischen Besatzung in Grastich an, und bald darauf kam es auf dem Marktplatz zu schweren Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und dem tschechischen Militär, das ein lebhaftes Feuer auf die Deutsch-Böhmern eröffnete. Von letzteren wurden, wie die „Neue Bögl. Zeitung“ meldet, sieben getötet und etwa 20 verwundet. Auf tschechischer Seite gab es einen Toten und mehrere Verwundete. Das tschechische Militär trieb die Deutschböhmern schließlich mit Gewalt auseinander.

Bei den Unruhen in Grastich sind im ganzen 12 Personen getötet und 26 verwundet worden, darunter einige schwer. Ueber den ganzen Bezirk wurde das Landrecht aufgehängt.

Amerikas Kinderhilfe.

Zur Vinderung der Not der darbedenden Kinder in Deutschland und Österreich ist in New York ein Zentralausfahs gebildet worden, um 3 Millionen Dollars aufzubringen.



Eröffnung der Washingtoner Konferenz am 12. November.

Depechen aus Washington melden, das amerikanische Staatsdepartement habe mitgeteilt, daß die Eröffnungsfestung der Washingtoner Abrüstungskonferenz um 14 Stunden vorüber sei, als erst am 12. November der sich sehen werde.

Staatssekretär Hughes gab eine optimistische Erklärung über die Aussichten der Abrüstungskonferenz ab und wies dabei auf die Haltung der auswärtigen Delegierten und ihrer Sachverständigen, die schon unterwegs nach Washington seien. Er sagte, die bereits anwesenden Amerikaner zeigten, wenn sie nützlich und einflussreich nur allgemeinen Charakter haben könnten, den lebhaftesten Wunsch, zu greifbaren Ergebnissen zu gelangen. Sie zeigten ferner, daß der Wunsch nach gemeinschaftlichem Zusammenarbeiten bestche. Der Staatssekretär betreibt, daß die Frage der Gleichheit der Rassen, die von israelitischer Seite aufgeworfen worden sei, werde verhandelt werden und daß man daran denke, deutsche Vertreter auf der Konferenz in offizieller und inoffizieller Eigenschaft heranzuziehen.

Die japanische Flotte.

Der Berichterstatter der Associated-Press an Bord des Dampfers, auf dem sich die japanische Delegation zur Washingtoner Konferenz begibt, meldet: Admiral Cato erklärte, Japan sei bereit, die Stärke seiner Flotte herabzusetzen, wenn die Mächte auf der Konferenz eine Vereinbarung erzielen. Der Admiral fügte hinzu, wenn anderseits in Washington ein internationales Einvernehmen nicht erzielt werde, so könne er sein Flottenprogramm auch nicht um das geringste Teil herabmindern.

Die litische Frage.

Der politische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, man hege die Befürchtung, daß eine Störung der litischen Konferenz eingetreten sei und wenig Hoffnung auf eine Regelung und auf eine Fortsetzung auf einer zweiten Konferenz bestehe. Die Einseitigkeit der litischen Forderungen seien anscheinend nicht genügt, die Fortsetzung auf ein unabhängiges Land aufzugeben. Die Frage sei ernst.

Amlich wird gemeldet: Lord George, Lord Birkenhead und die litischen Delegierten Griffith und Collins traten Donnerstag abend im Unterhaus zu einer Konferenz zusammen.

Die deutschen Kunstschätze in Gefahr.

Auf eine Anzeig eines Abgeordneten im Unterhause, die Kunstschätze im Hinblick auf die von Deutschland geltend gemachten Schwierigkeiten, seine Reparationsabgaben zu leisten, der deutschen Regierung vorzuschlagen, deutsche Kunstschätze zu kaufen, verurteilte Sir Robert Borne, diese Anzeig zur Kenntnis der Reparationskommission zu bringen.

Die zweite Reparationszahlung.

Paris, 28. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Der New Yorker Korrespondent der Times meldet: Verschidene Bankiers, die die Kreditierung der ersten deutschen Reparationsrate beauftragt waren, find benachteiligt worden, daß die nächste Reparationszahlung, die am 15. November fällig ist, erst im Februar oder März des nächsten Jahres angefordert werden dürfe. Die betreffenden Bankiers glauben, daß das ganze Reparationsstema Anfang des nächsten Jahres, und zwar spätestens im März revidiert werde.

Aufschub des Ausfuhrs in der Ukraine.

Kopenhagen, 28. Okt. Der Berl. Tid. wird aus Helingsfors berichtet: Die russischen Zeitungen veröffentlichten Meldungen über eine große Eisenbahnkatastrophe in der Ukraine, die dortigen Auftraher brachten einen böshen

Neue Novellenbücher.

Das deutsche Lesepublikum hat für die Novelle nie allzuviel übriggehabt. Der Roman genügt seinem Lesedürfnisse. Die Kunst der Erzählung ist ihm stets ein wenig abseitig und unbeachtet. Das ist schade; denn man muß seinen Geschmack an der kleineren Prosa-Epik verfeinert haben, um manchen großen Romanautor unerschätzlich zu finden. ... Ein Buchverlag, der dem Publikum in geschickter Form novellistische Kunst beibringen vermag, macht sich um den Geschmack der Leser verdient. Der junge Nikola Verlag (Wien, Berlin, Leipzig, München) schickt ein kleines Bündchen des ausgezeichneten, heimischen Romanisten der bekannten des Verlags hinaus: „Die Geburt des Antichristen“; ohne nähere Bezeichnung. Der Leser könnte annehmen, es sei ein kleiner Roman; oder wenn er auf der letzten Seite angekommen ist, wird er, je nach seinem Geschmack, befriedigt oder enttäuscht sein. Der typische Romanist wird enttäuscht sein. Denn was er da gelesen hat, ist die Vorgeschichte und Eingangsakt eines großen Abenteuerromans: Die Geburt des Comtes agliofo zu Paleom. Einem hiebigen Schüler wird von einem alten, weisen Bauren prophezeit, daß er in seinem Neugeborenen den Antichrist großziehen, wenn er das Kind am Leben laßt; denn es sei der Ehe eines entpangenen Galesenkräftlings und einer Nonne entporen. Nun war der Schüler wegen eines im Jähzorn begangenen Verstoßes vor Jahren tatsächlich zur Goleere verurteilt worden, und seine Frau ist eine ehemalige Nonne. Von Stunde an gibt es für ihn nur das eine: Sein Schicksal muß aus der Welt, damit der Antichrist nicht über sie komme. Sein Seelenheil hängt daran, und mit allen Mitteln betreibt er die Vertreibung des grauenhaften Kindes. Wie die Mutter mit ihrer ganzen Kraft den Säugling beschützt und den Mann lieber den Schergen, die den entpangenen Galesenkräftling jucken, ausliefern, als das Kind hergibt, wie er nach Jahren, wieder dem Kerker inschloß, auf die neue den Sohn verweigert, um ihn zu töten, das ist mit großer Weisheit, zugleich leicht und raffiniert, er-

wirtschaftliche Panzerzug zum Engleisen. Dabei wurden 30 Personen getötet und 200 verletzt. Die Auftraher erschloßen 15 Boshchwilkenführer, die sich im Zuge befinden.

Die Moskauer Zeitung „Iswestija“ meldet, daß in nächster Zeit zwischen Rußland und Italien ein Handelsabkommen getroffen werden wird. Ferner behauptet das Blatt, daß von englischer und italienischer Seite darauf hingearbeitet werde, einen internationalen Kongress der russischen Frage einzuberufen.

Neugestaltung des Besoldungsgesetzes.

Eine beteiligte Seite teilt uns über die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Beamtenverbänden mit:

Im Reichsfinanzministerium fanden am 26. und 27. 10. ausgedehnte Verhandlungen über die nötig gewordenen Gehaltserhöhungen für die Beamten statt. Nach Auflassung des Reichsfinanzministeriums handelt es sich diesmal nicht ausschließlich um eine Verwertungsgattung, sondern um eine Neugestaltung des Besoldungsgesetzes. Den Vorschlägen der Beamtenverbände gegenüber, die Verhandlungen dauerten am Donnerstag bis nachts 1 Uhr und führten noch zu keiner Einigung. An der Bewegung sind fünf Eisenbahnverbände beteiligt, die eine Besoldigungs-Verhandlungskommission entsandt haben. Hierzu stellen der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Bfa S, der Deutsche Beamtenbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund je 5 und der Gewerkschaftsbund 2 Vertreter. Geplant ist, zunächst über die Beamtenforderung und anschließend dann über die Angehörigen- und Arbeiterforderungen zu verhandeln. Die Verhandlungen sollen mit größter Beilehnung geführt werden.

Die Brotgetreideversorgung.

Die Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister in Weidenburg hat sich heute nach der Aussprache über die Kartoffelversorgung mit der Frage der Brotgetreideversorgung beschäftigt. Der Präsident der Reichsgetreidebehörde berichtete über den Stand der Ablieferung von Untergetreide bis zum 15. Oktober, daß die bis zu diesem Zeitpunkt veranlagte Menge von abgeliefertem Getreide — Gesamtumlage — erheblich überschritten sei. Die Ablieferung sei einschließlich zum 25. Oktober betrug 1.085.802 Tonnen gleich 43 Proz. der Gesamtumlage. Schon dieses statistische Ergebnis läßt zusammen mit der gestiegenen Einjahre die Brotgetreideversorgung bis zum Frühjahr. Die Konferenz sprach sich dahin aus, daß mit allem Nachdruck die weitere Einbringung der Umlage zu betreiben und gegen schädliche Fällige Landwirte unerschäßig mit den gesetzlichen Handhaken vorgegangen werden solle. Die nächste Konferenz findet in Darmstadt statt.

Die neuen Steuergesetze.

Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat, der sich in seiner gestrigen Sitzung mit den neuen Steuergesetzen beschäftigte, erklärte der Vorsitzende Ober v. Braun, daß die Stellung des neuen Reichsfinanzgesetzes zur Steuererhebung noch nicht bekannt sei und daß er das Kabinett um Auskunft erucht habe. Es verlaute, daß das neue Kabinett bezüglich der Besteuerung andere Bahnen gehen wolle. Ohne Erörterung wurden die Berichte über das Kapitalvermehrungsgesetz genehmigt. Bei dem Umsatzsteuergesetz, das nach der Regierungserklärung Erhöhung auf 2 Proz. vorschlägt, wurde trotz des Einspruchs des Regierungsvizepräsidenten der Steuererhöhung auf 2 Proz. festgesetzt. Ungenommen wurde eine Entschleunigung, die das Prinzip der Umsatzsteuer als wirtschaftlich unzulänglich betrachtet und ausweist, daß die Vorlage nur angeht die gegenständlichen Finanzmittel als Vorläufer genehmigt werden könne. Die Regierung wird auf die Forderung, die Steuer möglichst bald auf eine neue Grundlage zu stellen.

Der Regierungsvizepräsident stimmte dieser Entschleunigung zu. Die Gesamtentscheidung über die Vermögenssteuer wurde auf Sonnabend vertagt.

Es ist ein Verzug mit keinem Wort vertritt, daß es sich um das Schicksal der kleinen Walsam handelt, welche der Leser bis zuletzt in Spannung, ob es dem guten, um das Heil der Welt besorgten Schüler gelingen wird, seinen Sohn zur Strecke zu bringen. Erst auf der letzten Seite erfährt man, daß es um ein Haar seinen Cagliostro gegeben hätte. Die Erzählung bricht mit einem prägnanten Kinderberaub des achtjährigen Walsam, der sich Cagliostro nennt, ab. ... Verzug ist es glänzend gelungen, das dumpe, biedere, beschränkte Elternpaar zu zeichnen, das durch die Geburt eines Satanskindes von einem großen Schicksal gestreift wird. — Die Verzählungen von Axel Beckhölzer (in der Manier alter Illustrationen von E. A. Hoffmann) passen recht gut auf die kleine Bühne.

Ein ganz anders gearteter Erzähler ist Hermann Ungar, ein junger Böhme, von dem ein Novellenband „Kaben und Wälder“ (bei E. P. Fal & Co., Leipzig, Wien, Berlin) vorliegt. Kein Geringerer als Thomas Mann hat sich in der woffischen Zeitung mit ungewöhnlicher Wärme für den jungen Richter eingesetzt. Wiewohl seitdem einige Zeit hingegangen ist, hat das Buch nach meiner Kenntnis noch keine zweite Auflage erlebt — wiederum ein Beweis, daß die Novelle leider noch Lesepublikum viel zu wenig gewertet wird.

Der Gegenlag reizt, die beiden Novellen zu konfrontieren. Verzug erweist vollkommen losgelöst von seinen Gestalten. Ungar identifiziert sich mit den seinen. Verzug läßt den Geschicknissen das ihnen eigentümliche Kultus und Blut. Ungars Blut drängt und ulkt über in die Geschicknisse, in deren Mittelpunkt er sich selber stellt. Ungar ist ein typischer Erzähler in der 34. Form; weniger an Gestaltung kommt es ihm an, als an zufälligstes Bekommen. Die erste, woeaus gelungenere Novelle „Ein Mann und ein Wagn“ schildert die Liebe eines in Verlorenheit aufwachsenden Wälschens aus einer Wagn, die er jahrelanglang vergeblich umwirbt, bis sich seine Leidenschaft in das wandelt. Wie reich geuodener Mann nimmt er die Wagn nach Amerika, aber nicht, um sie zu belegen, sondern um sie grenzenlos zu demühtigen. Er verläßt das apathische, schwerfällige Wälschen an ein verurteiltes

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat berat die Entwurf der neuen Reichsfinanzgesetz. Er möchte dabei den Generalvorbehalt, daß er sich Aufgabe nicht entziehen, zu den von der Regierung vorgelegten einzelnen Steuererhebung Stellung zu nehmen. Ob das einzelne Gesetz in den Rahmen des gesamten Deckungsplanes hineinpaßt oder welche Wirkungen auf die Erträge anderer Steuererhebung eintreten, kann der vorläufige Reichswirtschaftsrat naturgemäß erst dann entscheiden, wenn alle wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenhänge des Gesamtproblems von ihm geprüft worden sind.

Der Entwurf des Kapitalverkehrsteuerergesetzes wurde nach den Vorschlägen des Reparationsausschusses einstimmig angenommen.

Ferner wurde das Verordnungsmaßnahmeergesetz nach den Vorschlägen des Reparationsausschusses angenommen. Der Antrag auf Beschleunigung der Umfertigung auf 2 Proz. wurde gleichfalls angenommen, ferner die Anträge auf Freilassung der aus dem Meere eingeschleppten Fische und auf Milderung der Zerstörer für Erzeugnisse der fischenden Kunst. Der Bericht über das Körperkassensteuerergesetz wurde genehmigt.

Gegen die Devisenpekulation.

Ein Gesekentwurf.

Der Hanza-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie hatte an die beteiligten Reichsministerien das Ersuchen gerichtet, von Reichs wegen gegen die Auswüchse der Spekulation mit ausländischen Zahlungsmitteln an deutschen Börsen einzuschreiten. Seine Kritik galt dabei besonders den seit kurzer Zeit an den Börsen auftretenden unerfahrenden Elementen, deren Hauptgeschäft darin besteht, in fremden Devisen zu jobben und dadurch den Kursstand der deutschen Markt herunterzuarbeiten. Das Reichswirtschaftsministerium hat dem Hanza-Bund jedoch mitgeteilt, daß zur Behebung der vom Hanza-Bund gerügten Mißstände Vorarbeiten für ein geeigneteres Vorgehen im Gange seien. Der Gesekentwurf soll demnächst dem Reichsabinett zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Dr. Schiele Haftentlassung.

Die „Freie Presse“ meldet, daß vor wenigen Wochen wegen Beteiligung am Kapp-Zug verhaftete Arzt und Reichswirtschaftler Dr. Schiele vom Oberreichsanwalt gegen Selbstentlassung eine Kautions von 100.000 M. erlaten wurde.

Rektoratswechsel in Leipzig.

Am Montag, den 31. d. Mts. 11 Uhr vormittags findet in der Aula der Universität die feierliche Uebernahme des Rektorats durch den bisherigen Rektor Geh. Hofrat Professor des Straf- und Staatsrechts Dr. jur. Richard Schmidt an den neuen Rektor Geh. Hofrat Professor der Klassischen Philologie Dr. phil. Richard Heinze statt. Dieler Peter geht ein Festgottesdienst in der Pauliner Kirche voraus.

Deutsches Reich.

Das deutsch-dänische Komitee zur Hilfeleistung für die Opfer des Opauer Unglück hat als erste Rate 515.000 M. z. überweisen.

Stammvergesellschaft des bayerischen Bieres. Nach einer Meldung der „Bayerischen Staatsztg.“ soll in Regensburg eine Unterabteilung der Biere gegeben haben, daß bis auf eine einzige Ausnahme alle dortigen Brauereien Bier unter dem Stammvergesellschaft von 8 Prozent brauen und ausliefern, aber den Preis für das bayerische Bier herabsetzen. Im Senatrat erklärten nun die Vertreter der Brauereien, es bestehe ein vertraulicher Ertrag des Landwirtschaftsministeriums, der den Brauereien gestatte, 7 1/2 Prozentiges Bier zu brauen, das Publikum aber davon nicht zu unterrichten. Die „Bayr. Staatsztg.“ fügt hinzu,

Saus. Das ist ein Triumph nach all den grauen Jahren seines Verschmahtheits, die er als Wälschen unter Grefien in einem Siedehaus zugebracht hat. Aber seine Härte und Rache eiert über den Tod der Wagn hinaus. Nach Jahren wird ihm ein Säugling ins Haus gebracht; es ist das Kind der Wagn, die irgendwo in einem amerikanischen Landhüchlein gefunden ist. Ein teuflischer Plan steigt in ihm auf. Er will die Wagn nicht in ihrem Land verenden und scheidet es nach Europa, in seine Vaterland, läßt eine große Summe für die Errichtung eines Freizeites in dem gleichen treuboden, entzündlichen Siedehaus, in dem er seine tollkühne Jugend verbracht hat; hier soll auch der Wälschen aufwachsen. Im Grunde ist dies mehr Selbstqual der Härte als Rache; es ist die unerschöpfte, peinvollste Unfähigkeit, gut zu sein, weil man selbst nie Gutes erfahren hat. Aber diese Verhöhnung bedarf nur einer geringen Verführung der Liebe und sie läßt sich bereit in Tränen auf. Der einfame Reichs glaubt, daß im Siedehaus seiner Heimatstadt ein haßvollster Mensch sein Ebenbild, heranwächst. Zu seiner tiefsten Verfassung erfährt er, der „Wohl-täter“, eines Tages einen von reiner, dantbarer Kindesliebe erfüllten Brief des Säuglings, der trotz der scheinlichen harten Umwelt nicht zu einem Haffer, sondern zu einem liebenden, demütigen Menschen herangewachsen ist. Güte und Liebe lind unvernünftig. Um des Aufstieges willen, ber aus dem Glas des Herzens bricht, ist diese Geschichte erzählt. Ihr Stoff ist ein Gipfel in Abendrot, von Tau und heiligen Tränen getränkt. ... Auch die zweite Novelle, „Geschichte eines Wortes“, ist eine 34-erzählung. Auch hier ist es wieder Härte und Boshheit, die einen jungen Menschen zwingen, zum Verbrecher zu werden. Und auch diese Geschichte ist einmal um des Schusses willen geschrieben; ein Finale, so grazilig komponiert, wie es kaum ein zweites Mal in der Novellenliteratur zu hören ist. Beide Novellen weisen unterbreiten Bände unregelmäßigen Erlebens auf. Nicht etwa in dem Sinne, daß Ungar mit dem „34“ seiner beiden Erzählungen zu identifizieren wäre; wohl aber hat er in ihnen die Wälschen und Schicksale für die Abgründe seiner Brust gefunden.

Hans Natanson.

